Tagblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Abonnementspreis vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75. — Annahme von Ankündigungen Wallstraße, Nr. 5-9, Vormittags bis 12 Uhr. Im Verlagsbureau Gr. Klostergasse 5, nur an Wochentagen bis 3 Uhr. Die Spaltzeile Grundschrift 8 Silben) 15 Pfg., für Eingesandt aber nach Zeilenzahl 20 Pfg., letzterer Satz (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Titelseite Zeile 20 Pfg. Eine Gewähr für die nächstägige Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Ausführliche Ankündigungsentwürfe gegen Vorausbezahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme.
Für Aufgabe einzelnster Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang.
Aufl. 48,500 Stück.
Dresden, 1890.

Kameelhaar-Decken
beste gesundeste Schlafdecken von 11—30 Mk.
Flanell-Waarenhaus W. Metzler, Altmarkt 9.

C. L. Männel, Dresden-A., Schäferstrasse 79.
Beste und billigste Bezugsquelle aller Wäsche- u. Weisswaaren-Artikel, Manufaktur- und Strumpf-Waaren, Tricotagen, Garnen, Gardinen, Stickereien etc.

Moritz Hartung, Altmarkt 13 und Hauptstrasse.
Posamenten, seidenes Band, Spitzen, Handarbeits- und alle Damenschneider-Artikel.

Künstliche Zähne CHR. SÖRUP ATELIER FÜR PLOMBIRUNGEN ETC. Korrecte Ausführungen. Mässige Preise. 26 I. Wettiner Str. 26 I.

Lederwaaren-Specialität!
Photographie-Albums. — Damentaschen.
— Reise-Artikel. —
Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstr. 2 (nächst dem Altmarkt).

Moritz Klingner empfiehlt zur billigen und praktischen Reise Reise-Fournierkoffer als Unicum der Leichtigkeit, Solidität und Eleganz. Grösste Auswahl von Taschen-Necessaires etc.
Augustusstrasse Nr. 4 (Bazar de voyage).

Nr. 140. Spiegel: Die Flugschrift Vidcant Consules, Arbeiterschutzgesetz. Fernsprechberichte. Hofnachrichten, Pferde-Ausstellung, Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. „Königin von Saba", Kunstverein. | **Dienstag, 20. Mai.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

In den Reichstagsverhandlungen über die Militärvorlage wurde mehrfach einer Flugschrift gedacht, die, vor etlichen Wochen erschienen, ungewöhnliches Aufsehen erregt hat. Sie führt den Titel Videant Consules und ist unzweifelhaft das Werk eines der vielen verabschiedeten Offiziere. Der Verfasser ist über viele militärische Dinge gut unterrichtet, er weiß auch manch' Absonderliches über die Stärkenverhältnisse und Zustände der verschiedenen europäischen Heere; es geht ihm aber diejenige Klarheit des Denkens und die Besonnenheit ab, die geistig bedeutenden Offizieren zu eigen sein pflegt. Er ist ein kriegerischer Heißsporn und hält Lobreden auf den Krieg, die in ihren Uebertreibungen nur lächerlich wirken. Seine Schrift würde wenig Beachtung gefunden haben, wenn sie nicht in die Zeit gefallen wäre, wo sich die Deutschen über die Verdienste Bismarck's stritten. Sie gipfelte nämlich in dem ungeheuerlichen Vorwurf: die auswärtige Politik Bismarcks sei marklos gewesen, weil sie den richtigen Zeitpunkt zu einem Kriege mit Frankreich versäumt habe; Deutschland hätte längst zum zweiten Male mit Frankreich abrechnen und sich mit ihm vergleichen müssen, um alle lebendigen Kräfte des Volkes für die großen germanischen Kulturaufgaben gegen Rußland in die Waagschale werfen zu können. Deutschland solle also Rußland bekriegen, ihm die Ostseeprovinzen nehmen und damit die Ostsee zu einem deutschen Meere machen, als Grundlage unseres Welthandels. Wie wenig damit dem wahren Vortheil Deutschlands gedient wäre, wenn Deutschland seine Ostseeküste erweiterte, Das hat mit schlagenden Worten der neue Reichskanzler in offener Reichstagssitzung dargelegt und damit alle Deutschland unterschobenen Pläne, die russischen Ostseeprovinzen zu erobern, gründlich beseitigt. Der geheimnißvolle Verfasser jenes Machwerks ist damit in die große Schaar der politischen Kannegießer gestoßen worden.

Aber auch seine Schwärmerei für brutale Eroberungskriege hat die verdiente Züchtigung erhalten. Bereits hat Bismarck, dem der Verfasser wegen seiner Pflege guter Beziehungen mit Frankreich „marklose Schwächlichkeit" vorwarf, sein Anempfehlen von Eroberungskriegen als „ruchlos" bezeichnet. Die letzten zwanzig Friedensjahre bilden unzweifelhaft eines der größten Verdienste Bismarck's. Der Verfasser empfiehlt also zwei Kriege: den nach seiner Ansicht versäumten gegen Frankreich, um über dasselbe herzufallen und es zu vernichten, solange seine Wehrkraft der unserigen nicht ebenbürtig war — das ist einfach „ruchlos" —, sodann aber einen Eroberungskrieg gegen Rußland, um es zu berauben. Auch Das können wir nicht anders nennen. Statt dessen schwebt uns als Ziel vor: wenn die Germanenwelt einmal den Riesenkampf mit dem auf Eroberungen ausgehenden Slaventhum durchzufechten haben wird (früher oder später muß diese Stunde kommen), dann hoffen wir, werden die Franzosen unsere Verbündeten und nicht die des Asiatenthums sein. Die abendländische Kulturwelt, bestehend aus den germanischen und romanischen Völkern, wird zusammenstehen gegen das östliche Barbarenthum. Soviel über die politischen Gesichtspunkte jener Flugschrift. Ebenso windig steht es mit seinen militärischen Urtheilen. Man möchte fast zweifeln, ob der Verfasser ein deutscher Offizier war. Er verherrlicht nämlich das russische und besonders das französische Heer und ihre Offizierkorps nach seiner technischen und geistigen Bedeutung in einer das unserige geradezu beleidigenden Weise. Er wirft dem deutschen Offizierkorps Streberthum und Aehnliches vor, das sich unter dem Deckmantel der Disziplin eingeschlichen habe. Gearbeitet und gedrillt werde kolossal, aber vielfach auf falsche Weise. Er empfiehlt die Pflege der moralischen Ueberlegenheit der Vorgesetzten — als ob das nicht eine der Hauptaufgaben der Friedenserziehung des Heeres wäre. Seine abfälligen Urtheile über den Geist des Offizierskorps verstärkt er durch scharfen Tadel der Kriegsakademie, die von der Höhe einer militärischen Hochschule auf den einer Fachschule herabgesunken sei — im Ganzen sei die Armee auf ihren Lorbeeren von 1870/71 süß entschlummert; hingegen rühmt er den Geist und das Streben der französischen Offiziere und die Mannszucht jenes Heeres. Wäre es wirklich an Dem, so würde man dem Verfasser für sein derbes Aufrütteln aus dem Schlummer nur dankbar sein müssen. Aber (abgesehen davon, daß jeder Kenner diese Schilderungen sofort als Zerrbilder erkennt) man muß doch fragen: wenn sich das deutsche Heer in einem so trüben Zustande befände und ihm Russen und Franzosen in jedem Stücke so überlegen wären, wie kann der Verfasser verlangen, daß wir mit einem so mangelhaften Heere über sie herfielen? Das wäre doch der helle Wahnsinn! Bismarck's Politik wäre dann nicht marklos, sondern nur vorsichtig gewesen. Die ganze Flugschrift verdient nicht das Aufsehen, das sie erregte; aber da sie es gethan, so war es dankenswerth, daß der neue Kanzler jeden nur irgendwie offiziösen Ursprung auf das Bestimmteste zurückwies. Daß das deutsche Heer nicht auf seinem Kriegsruhm schlummern darf, daß Deutschland scharfe Wacht nach Ost und West halten, daß es ununterbrochen an der Steigerung seiner Wehrkraft arbeiten muß, darüber giebt es keine Zweifel. Die Aussichten, die nach dieser Richtung der Kriegsminister und der Reichskanzler eröffnete, sind wahrlich ernst genug. Dem Militärausschusse sollen die Grundzüge des neuen Heeresverfassungsplanes mitgetheilt werden. Der eine davon ist, daß jeder waffenfähige Mann auch militärisch ausgebildet werde. Inwiefern dies möglich ist, ohne den Volkswohlstand zu erschöpfen, da eine durchgreifende Herabsetzung der Dienstzeit zurückgewiesen wird, darauf darf man gespannt sein. Einstweilen wissen wir nur, daß nicht die Entwaffnung, sondern die bestmöglichste Bewaffnung die sicherste Grundlage des Friedens bildet. Auch unter dem neuen Kanzler denkt Deutschland nicht an ruchlose Kriege, aber es muß gerüstet sein, um den Entscheidungskampf siegreich zu bestehen. Einzig in der Hand der Franzosen liegt es, diesem Hinaufschrauben der Militärausgaben ein Ende zu machen: Frankreich erkenne ohne Hintergedanken die Zugehörigkeit von Elsaß-Lothringen zu Deutschland und die deutsche Einheit an!

Die Lasten dieser Rüstungen sind zu tragen, sobald sich der Wohlstand mehret und hierzu wird der Arbeiterschutz ein Wesentliches mithelfen. Was in diesem Stücke frühere Reichstage vergebens erstrebt, das verwirklicht sich jetzt. Am ersten Verhandlungstage über die Arbeiterschutzgesetz-Vorlage äußerten sich sämmtliche Redner größtentheils zustimmend, nur betreffs einiger Abschnitte brachten sie schwere Bedenken vor; sie betrafen die Bestimmungen über Kontraktbruch und die Anleitung dazu. Die Gegner dieses Abschnittes beabsichtigen den Vorschlag: wenn man sich über die Gesammtheit der Vorlage nicht einigen könne, so solle man die Abschnitte, über die man sich verständigt habe, als Gesetz veröffentlichen, hingegen den Rest zurückstellen. Ob die Regierung und die großen Parteien des Reichstages hierauf eingehen, steht sehr dahin. Die neuerlichen Erscheinungen bei den massenhaften Arbeitseinstellungen haben die Nothwendigkeit dargelegt, die friedliebenden und arbeitswilligen Arbeiter besser, als zuvor, vor dem Terrorismus gewerbsmäßiger oder übermüthiger Streikehetzer zu schützen. Es ist keine Verletzung der Coalitionsfreiheit, wenn man die unter allerlei Drohungen und Verrufserklärungen üblichen Aufhetzungen zum Kontraktbruch unter Strafe stellt. Der Kontraktbruch ist durch die Gewerbeordnung straflos gemacht worden, dabei muß es verbleiben; aber die Straflosigkeit macht den Kontraktbruch noch nicht zu einer gesetzmäßigen Handlung, er bleibt nachwievor etwas Unerlaubtes, eine Gesetzwidrigkeit. Wer eine solche durch unlautere Mittel anstiftet, macht sich damit strafrechtlich verantwortlich. Auf die Einzelheiten der Vorschläge einzugehen, wird im Laufe der Zeit genug Anlaß sein. Es steht zu hoffen, daß wenn die Bestimmungen über Gewerbegerichte als Einigungsämter und über die Fabrikordnungen in Kraft getreten sind, dann dem Streikfieber Einhalt gethan und gewerbliche Streitigkeiten friedlich geschlichtet werden. Es wird zwar immer einzelne Fälle geben, wo der Streik das einzige Mittel bleibt, berechtigte Ansprüche der Arbeiter durchzusetzen und dieses Mittel darf ihnen die Gesetzgebung nicht verkümmern, aber es entspricht dem Staatswohl, Einrichtungen zu treffen, daß berechtigte Verlangen durch Entgegenkommen erfüllt werden, ohne daß es zu Streiks zu kommen brauchte. Dann wird es der Strafbestimmungen gegen Verleitung zum Kontraktbruch gar nicht bedürfen. Die Sozialdemokratie begünstigt natürlich die Streikerei und hat Bestimmungen vorgeschlagen, die förmliche Prämien darauf setzen. Sie ist am ersten Berathungstage nicht zu Worte gekommen. Sie wird vermuthlich wegen der Vorschläge zur Bestrafung der Verleitung des Kontraktbruches den ganzen Arbeiterschutzentwurf der Regierung verwerfen und das, was er an Vortheilen für die Arbeiter bietet, theils als ganz werthlos, theils als sehr wenig werthvoll ausgeben. Darauf muß man gefaßt sein. Das soll aber den Reichstag nicht abhalten, in arbeiterfreundlichem Sinne die Lebenslage der arbeitenden Volksklassen so zu verbessern, daß sie frei von Sorgen und Bedrängnissen die Früchte ihres Schaffens genießen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 19. Mai.

Berlin. Der Reichstag setzt die Berathung des Arbeiterschutzgesetzes fort. Grillenberger erklärt, daß die Vorlage manches Gute enthalte, in anderen Punkten aber eine Verschlechterung der bestehenden Verhältnisse mit sich bringe. Es wäre wünschenswerth, den sozialdemokratischen Entwurf mit der Regierungsvorlage zusammen zu discutiren; da dies nicht der Fall, würden seine Freunde ihren Entwurf in Einzelanträge zerlegen und dieselben zur Vorlage stellen. In Bezug auf die Sozialreform habe sich ja ein Umschwung vollzogen. Mit der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung seien viele Ungeschicklichkeiten begangen worden, hoffentlich verbessere man jetzt. Der internationale Kongreß habe sich im Wesentlichen an die Beschlüsse des Pariser Arbeiterkongresses gehalten. Die Anträge seiner Partei seien keine bloße Demonstration. Die gemachten Vorschläge seien auch auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung durchführbar. Bei der Regierungsvorlage mache sich eine Abschwächung der Grundsätze der kaiserlichen Botschaft geltend, von einer Gleichberechtigung der Arbeiter sei darin keine Rede mehr. In Bezug auf die Arbeitszeit bleibe die Vorlage anderen, selbst weniger entwickelten Staaten gegenüber zurück. Wenn es sich um Arbeiterschutz handele, müsse durchgegriffen werden. Kein Arbeiter glaube heute mehr, daß die Industrie durch die Beiträge zu den Zwangsversicherungen belastet werde, höchstens müßten die Unternehmer ihren Luxus etwas beschränken. Selbst durch die Herabsetzung der Arbeitszeit, die allerdings die Industrie belasten würde, werde ein erheblicher Einfluß nicht geübt. Bei der Steigerung der Löhne müsse man in Betracht ziehen, daß die Preise für die Lebensmittel heute so bedeutend gestiegen seien, daß dagegen die Lohnerhöhungen zurückgeblieben seien. Bei den Vorerörterungen über den Arbeiterschutz dürften die Arbeitgeber nicht mit zu Rathe gezogen werden, denn sie seien mit wenigen Ausnahmen Ausbeuter, deren Interesse dem der Arbeiter zuwiderlaufe. Nicht die Begehrlichkeit der Arbeiter, wie Graf Moltke gesagt, sondern die Ausbeutungswuth der Unternehmer führe die Krisis herbei. In England und Oesterreich seien die Aerzte über die Verminderung der Arbeitszeit gefragt worden, und sie hätten sich übereinstimmend für den 10stündigen Arbeitstag ausgesprochen. Die Vorschläge der Vorlage über die Frauen- und Kinder-Arbeit seien brauchbar. Die Sittlichkeit sei durch das Zusammenarbeiten der Geschlechter weniger gefährdet, als durch männliche Vorgesetzte bei weiblichen Arbeitern. Streitfragen, die heute durch Unternehmer gelöst würden, würden besser durch Arbeiterkammern und durch ein Reichsarbeitsamt, wie es der Entwurf seiner Freunde vorschlage, geschlichtet werden. Die Kosten dafür fielen im Vergleich zur Militärlast nicht in's Gewicht. Die Zahlung des Arbeitslohnes an die Eltern Minderjähriger und an die Gemeindebehörden sei durchaus unannehmbar und auch undurchführbar. Warum schlage man ähnliche Bestimmungen nicht für Studirende vor? Gegen den Frühschoppen der Studenten und ähnliche Dinge sage Niemand etwas, sobald aber Arbeiter im Spiele seien, spreche man von der zuchtlosen Jugend. Eine strengere Bestrafung des Kontraktbruches laufe auf Vernichtung der Koalitionsfreiheit hinaus. Während man schwere Gefängnißstrafen gegen die Arbeiter wegen öffentlicher Verrufserklärungen verhängen wolle, blieben die Arbeitgeber straflos, wenn sie ganz dasselbe thun. Die Arbeiter müßten öffentlich auftreten, die Fabrikanten brauchten das nicht und entgingen damit der Bestrafung. Wo die Arbeiter organisirt seien, komme es zu keinen Excessen, wie man in Schlesien gesehen habe. Wenn junge Leute heute vielfach an der Spitze der Bewegung stehen, so liege der Grund darin, daß diese Leute am wenigsten zu verlieren haben, was bei der exponirten Position immer zu befürchten sei. Bei solchen Angriffen auf die Koalitionsfreiheit der Arbeiter dürfe man sich nicht hinter den Schanzen ducken, sondern müsse erklären: dem Unternehmer gehört Eins auf den Kopf. Setze man den Hebel an diese Vorlage an, und es werde für die Arbeiter und für die Erhaltung des sozialen Friedens viel Gutes geleistet werden. v. Stumm (Reichspartei): Nach den von ihm genau geführten Tabellen sei die Lohnsteigerung in den letzten Jahren eine viel bedeutendere gewesen, als die Steigerung der Lebensmittel. Auch wisse er, daß viele Unternehmer ihre Fabriken nur betrieben, um ihre Arbeiter zu beschäftigen, ohne selbst verdient zu haben. Er begrüßt die Vorlage freudig. Mit dem Sozialistengesetz habe dieselbe nichts zu thun, vielleicht entwickelten sich aber nach dem 1. Oktober Zustände, die selbst Schrader nöthigen würden, für ein Sozialistengesetz zu stimmen. Die Vorlage sei die logische Entwickelung unserer sozialen Gesetzgebung. Die österreichische Arbeiterschutzgesetzgebung stehe im Wesentlichen noch auf dem Papier. Die Regelung der Sonntags- und Frauenarbeit sei zweckmäßig, wünschenswerth aber wäre es, daß die Betriebe, in denen die Kinder- und Frauenarbeit ausgeschlossen sein sollen, bestimmt bezeichnet würden. Es wäre am besten, wenn der Theil der Vorlage, welcher die Sonntags-, Frauen- und Kinderarbeit betrifft, baldmöglichst Gesetz würde. Der Rest wäre dann bis zum Herbst zu vertagen. Andernfalls würden die Verhandlungen bis tief in den Sommer hinein dauern und schließlich doch nichts zu Stande gebracht werden, weil man sich über die anderen wichtigen Punkte der Vorlage nicht zu einigen vermöge. Der Maximalarbeitstag könne nicht nach der Arbeitszeit allein, er müsse auch nach der Arbeitsart und der Arbeitslast bemessen werden. Die Strafbestimmungen der Vorlage seien gerechtfertigt, sie könnten nur auf solche Durchstechereien ausgedehnt werden, wie sie noch zwischen Arbeitern und Werkführern, sowie zwischen Bergleuten und Steigern vorzukommen pflegten, und die in Gewährung von Vortheilen durch die Arbeiter an jene bestehen. Zum Segen für die Bevölkerung könne die Vorlage nur werden, wenn das persönliche Verhältniß zwischen Arbeiter und Arbeitgeber nicht gelockert, sondern gefestigt werde. Cegielsky (Pole) spricht sich im Allgemeinen für die Vorlage aus. Ueber die Kontraktbruchsfrage behält er sich seine Entscheidung vor. Der Maximalarbeitstag für erwachsene Arbeiter könne nicht einheitlich geregelt werden. In Polen werde die Vorlage nur dann von Erfolg sein, wenn die Regierung die Germanisirung der Volksschulen in den polnischen Landestheilen unterlasse, wobei dort allerdings jene zuchtlose Jugend erzogen werde, von welcher der Reichskanzler neulich gesprochen habe. Winterer (Els.) steht der Vorlage sympathisch gegenüber. Die Sonntagsarbeit sei die wichtigste der zu regelnden Materie. Warum habe man sich auf den Normalarbeitstag für Frauen beschränkt und denselben nicht auch auf die Männer ausgedehnt? Dem Arbeitsbuch für jugendliche Arbeiter und der Lohnauszahlung an die Eltern stimme er zu. Die Kontraktbruchsstrafen seien zu hart. Hackenle (Volkspartei) erkennt die Ziele der Vorlage an, will aber die Befugnisse der Polizei beschränkt wissen. — Weiterberathung morgen.

Berlin. Die Budget-Kommission des Reichstags bewilligte mit 14 gegen 5 Stimmen die im Nachtragsetat geforderten 4½ Millionen für Ostafrika und sodann gegen 4 Stimmen den ganzen Nachtragsetat.

Spandau. Eine Anordnung der Staatsfabriken verbietet den darin beschäftigten Arbeitern, Geldsammlungen für streikende Arbeiter zu veranstalten.

Berlin. Assessor v. Stierzhardt hat das Exequatur als Berufskonsul für Baden erhalten.

Bremen. Auf der Weser kenterte gestern Abend ein Ruderboot mit 4 jungen Männern, die sämmtlich ertranken.

Bamberg. Der Erzbischof v. Schreiber empfing die Sterbesakramente.

Wien. Ein Berliner Bericht der „Polit. Corr." kommt auf die Meldung der „Times", betr. die Annäherung Deutschlands an Rußland, zurück und äußert sich über die Anschauungen der maßgebendsten Kreise Berlins über diese Angelegenheit. Deutschland müsse an dem Dreibund festhalten und könne nicht Bündnisse anders schließen, als in Gemeinschaft mit seinen Bundesgenossen. Rußland könne also nur unter Zutritt zur Friedensliga einen Pakt mit Deutschland schließen.

Prag. Ein Bericht des Landesausschusses beantragt einen Beitrag von 2 Millionen aus Landesmitteln zur Schiffbarmachung der Moldau.

Bern. Der Bundesrath hat erklärt, daß er bereit sei, mit der deutschen Regierung in Verhandlungen über den Abschluß eines neuen deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrags einzutreten. Die Verhandlungen haben gestern hier begonnen. Der Bundesrath Droz ist mit Abschluß des Vertrags, dessen Ratification ausgenommen, betraut.

St. Gallen. In Balgach sind gestern Nachmittag 28 Häuser und 16 Ställe niedergebrannt.

Petersburg. Das russische Minister-Comitee hat einen Gesetzentwurf über Beschränkung der Rechte der Juden bei Erwerb ländlichen Grundbesitzes dem Kaiser zur Bestätigung vorgelegt.

Berlin. Der Prinzregent von Bayern wird zu Beginn des Monats August zur Hundertstuhcher Jagd hier erwartet. — Der Kaiser besucht die diesjährigen Kaiserspielen in Oberammergau. — Die Kaiserin Friedrich besuchte heute die Exkaiserin Eugenie in Wiesbaden. — Ein dem Bundesrathe zugegangener Antrag verlangt die Errichtung des Kaiser Wilhelm-Denkmals als Reiterstatue auf der Schloßfreiheit und die Ausschreibung eines engeren Wettbewerbes über den Entwurf. — In der Militärkommission des Reichstags machte der Kriegsminister die zugesagten vertraulichen Mittheilungen. Auch nach Annahme der Vorlage sei die französische Friedenspräsenz noch größer als die deutsche. — Die Ostafrikanische Gesellschaft hat sich heute mit der Witu-Gesellschaft fusionirt. — Das Abgeordnetenhaus nahm in zweiter Lesung die Erhöhung der Beamtenbesoldungen an.

Die **Berliner Börse** eröffnete in abwartender Haltung. Die Course waren wenig verändert, Banken Anfangs wenig beachtet, später lebhaft. Von deutschen Bahnen Ostpreußen belebt und höher. Auch österreichische Bahnen ziemlich lebhaft. Für Bergwerke überwog Anfangs das Angebot. Später konnten dieselben anziehen; überhaupt wurde in der zweiten Börsenhälfte die Tendenz fester. Das Geschäft blieb aber im Allgemeinen ruhig. Fremde Renten gut gefragt. Im Kassaverkehr waren Banken ruhig, Bahnen fest. Bergwerke unentschieden. Industriepapiere ziemlich fest, von österreichischen Prioritäten Silber-Prioritäten bevorzugt. Privatdiskont 3 Proz. Nachbörse fest. — **Wetter:** Vormittags starker Regen, Nachmittags etwas aufgeklärter.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 261,25. Staatsb. 183,50. Lomb. 110,25. Galizier —,—. Egypter —,—. 4proc. Ung. Gold. 90,00. Disconto 220,00. Dresdn. Bk. 149,70. Laura —,—. Gelsenkirchen —,—. Fest.

Paris. (Schluß.) Rente 89,35. Anleihe 106,17. Italiener 97,12. Staatsbahn 487,50. Lombarden 301,25. do. Prioritäten —. Spanier 76½. Egypter 487,50. Ottomanen 588,75. Escompte 612,50. Fest.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Mai 25,60, per Septbr.-Decbr. 23,90, fest. Spiritus per Mai 36,25, per Septbr.-December 38,00, ruhig. Rüböl per Mai 69,75, per September-December 67,50, behauptet.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per Mai 205, per Novbr. 200. Roggen per Mai 135, per October 123.

London (Produkten-Bericht). Allgemein ruhig, englischer Weizen schwächer, fremder nur vielfach verkäuflich, angekommener Getr. Hafer schwächer. Mais, Gerste träge, Bohnen, Erbsen fester. — Wetter: Regen drohend.

Dresdner Molkerei (Gebr. Pfund, Kaufnerstr. 41/42.)
Butter täglich 3 Mal frisch.